



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 179
Fernsprecher 24034 - 33
Fernschreiber 0486699

P/XIII/61 - 14. März 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	Bevölkerung der Bundesrepublik gegen Atomwaffen Das Ergebnis einer Meinungsbefragung Von Fritz Heine - Mitglied des Vorstandes der SPD	71
3 - 4	Frankreichs neueste Initiativen West-Mittelmeer-Verteidigungspakt und französisch-nord- afrikanische Wirtschafts-Gemeinschaft	79
5	Blick auf Niedersachsen Das Wandern ist Osteröder Müller's Lust	53
6 - 7	"Ärz. Souveränität" Die "unabdingbaren Forderungen" der CDU	82

* * * * *

Bevölkerung der Bundesrepublik gegen Atomwaffen

Um einen Überblick über die tatsächliche Haltung der Bevölkerung zu den Atomwaffen-Problemen zu erhalten, hat der Vorstand der SPD eine Meinungsbefragung im gesamten Bundesgebiet (ausser Saar) vornehmen lassen.

Die SPD wollte wissen, wie die Bevölkerung über

- a) die Errichtung von Abschussstellen für Atom-Raketen und
- b) Raketenwaffen überhaupt im Gebiet der Bundesrepublik denkt.

In einer Umfrage, mit der das bekannte Meinungsforschungsinstitut EMNID im Februar von der SPD beauftragt wurde, ergab sich eine überwältigende Mehrheit für den von der Sozialdemokratie eingenommenen Standpunkt gegenüber der Errichtung von Atomwaffen-Abschussbasen in der Bundesrepublik.

83 % aller Befragten sprachen sich eindeutig gegen Atom-Raketen aus, nur 13 % waren dafür.

Für das außerordentliche Interesse, das die Bevölkerung diesem Problem entgegenbringt, zeugt die Tatsache, dass nur 4 % der Befragten keine Angaben gemacht haben - ein ganz ungewöhnlich geringer Prozentsatz bei derartigen Befragungen.

Es hat sich gezeigt, dass die Frauen in noch stärkerer Masse als die Männer (86 zu 80 %) gegen die Errichtung von Atombasen eingestellt sind.

Die Ablehnung derartiger Abschussbasen erstreckt sich praktisch auf alle Schichten, Berufs- und Altersgruppen.

Obwohl die Einstellung gegenüber den Atom-Raketen durch die politischen Sympathien mitgeprägt wird, ergibt sich doch aus der Befragung, dass überall in allen politischen Lagern eine eindrucksvolle Mehrheit gegen Atomwaffen vorhanden ist:

<u>Anhänger von:</u>	<u>dafür:</u>	<u>dagegen:</u>
SPD	8 %	90 %
CDU/CSU	23 %	71 %
FDP	15 %	85 %

Daraus ergibt sich, dass 7 von je 10 CDU/CSU-Anhängern gegen die Errichtung von Abschussbasen für Atom-Raketen sind und sich damit

in dieser entscheidenden Frage gegen die von der Bundesregierung und der CDU/CSU gewollten Politik gewandt haben.

Das Meinungsforschungsinstitut kommt aufgrund der Befragung und ihrer jahrelangen Erfahrungen auf diesem Gebiet zu der Feststellung:

"Die beiden Stichproben sind jede für sich und damit auch zusammen repräsentativ für die Grundgesamtheit der erwachsenen Bevölkerung des Bundesgebietes (außer Land Saar) ausgewählt worden und stellen ein strukturgetreues Modell der gesamten erwachsenen Bevölkerung dar. Damit haben die Ergebnisse der Befragung nicht nur Aussagekraft für die ausgewählten Befragtenkreise, sondern sie lassen sich auch auf die rund 59 Millionen im Bundesgebiet (außer Land Saar) wohnenden Personen verallgemeinern".

Die Sozialdemokratische Partei kann daher mit Recht feststellen:

- 1.) Die von der SPD im Bundestag und in der Öffentlichkeit vertretene Politik der Ablehnung von Abschussbasen für Atom-Raketen wird von über vier Fünftel der Bevölkerung der Bundesrepublik geteilt.
- 2.) Die Politik der Bundesregierung und der CDU/CSU, die auf die Errichtung von Atomabschussbasen gerichtet ist, findet nur bei einem kleinen Bruchteil der Gesamtbevölkerung und bei weniger als einem Viertel ihrer eigenen Anhänger Zustimmung und Unterstützung.
- 3.) Jede Aktion der Bundesregierung oder der CDU/CSU-Mehrheit im Bundestag, die auf Errichtung von Atomabschussbasen gerichtet wäre, würde gegen den ausgesprochenen Willen der überwiegenden Mehrheit des Volkes erfolgen.
- 4.) Die gegenwärtige Bundestagsmehrheit der CDU/CSU ist in dieser lebenswichtigen Frage nicht mehr repräsentativ für die Wählermeinung. Der Wille der Bevölkerung ist eindeutig.

Die Sozialdemokratie, gestützt auf diesen friedlichen Atom-Test, erwartet, dass der eindeutigen Mehrheitswillen des Volkes Rechnung getragen und alle Versuche, entgegen diesem Willen Abschussbasen für Atomraketen in der Bundesrepublik zu errichten, abgestoppt werden.

+ + +

Frankreichs neueste Initiativen.

B-Paris

Wieder einmal überraschte Frankreich die Welt mit Initiativen: Durch Schaffung einer Wirtschafts-Gemeinschaft zur Nutzbarmachung der Sahara-Reichtümer (Petroleum und Erze) mit Marokko und Tunesien sollen die zur Zeit bestehenden Differenzen zu beiden früheren Protektoraten beseitigt und die Beilegung des Algerien-Konflikts begünstigt werden. Die projizierte Gemeinschaft würde nach französischer Auffassung die Voraussetzungen für einen organischen wirtschaftlichen Aufbau Nordafrikas schaffen und dadurch nicht nur den heute noch in Elend und Not lebenden eingeborenen Bevölkerungskreisen eine wesentliche Besserung bringen, sondern auch durch die Entwicklung von Grundindustrien zur Sesshaftmachung von hunderttausenden arabischer Familien einen Sicherheitsfaktor entstehen lassen, den es bisher auch dadurch nicht gab, dass die vielen in Frankreich arbeitenden Algerier alljährlich enorme Geldbeträge zum Unterhalt ihrer Familien in die Heimat sandten.

Käme der französische Vorschlag nicht gerade in einem Augenblick der stärksten Spannungen zwischen Frankreich und Nordafrika, dann wären seine Erfolgchancen wahrscheinlich recht bedeutend. So ist er aber durch den sich in den letzten Monaten immer stärker entwickelnden Widerstand gegen alle französischen Massnahmen und Anregungen und den durch die blutigen Auseinandersetzungen in Algerien angestauten Hass im ungünstigen Sinn psychologisch vorbelastet.

Die zweite Initiative zielt auf Verwirklichung einer Verteidigungsgemeinschaft der westlichen Mittelmeerländer ab, - eines Regionalpaktes wie er in der UNO-Charta zugelassen ist, aber als Ergänzung des Atlantik-Verteidigungs-Systems gedacht. Dieser Vorschlag verfolgt einen mehrfachen Zweck.

a) soll er dem Pan-Arabisismus an der ägyptisch-libyschen Grenze eine Schranke setzen, denn Libyen soll seinen Platz innerhalb dieser Verteidigungs-Gemeinschaft finden,

b) sollen die westlichen Nordafrika-Länder und Gebiete dadurch enger mit dem Okzident verbunden werden. Dafür werden strategische und politische Gründe geltend gemacht, aber auch wirtschaftliche, denn eine Auswertung des Sahara-Reichtums und seine Sicherung ist nicht anders, als durch die Zusammenarbeit mit den nordafrikanischen Ländern, einschließlich Libyens möglich, das im übrigen seit Gründung der Vereinten Arabi-

ischen Republik verstärkte aggressive Absichten seines ägyptischen Nachbarn zu fürchten beginnt.

c) in den führenden französischen Kreisen hält man heute den Zeitpunkt gekommen, Spanien aus der politischen Isolierung herauszuführen, in die es durch sein totalitäres Regime geführt und infolge des Einspruches zahlreicher europäischer Länder der Atlantik-Gemeinschaft -darunter auch Frankreich- bis jetzt gehalten wurde.

Dass mit der Schaffung einer Westmittelmeer-Gemeinschaft unter Einschluss Spaniens in diesen französischen Kreisen auch der Gedanke mit-spielen mag, die französisch-spanischen Interessen im nordafrikanischen Raum (Ifni - Mauritianien - Sahara) zu schützen, darf umso mehr angenommen werden, als es in den letzten Monaten in den genannten Zonen zur französisch-spanischen Zusammenarbeit kam.

Völlig neu ist in übrigen Frankreichs Vorschlag zur Neugruppierung in der westlichen Mittelmeer-Zone nicht. Selbst die Frage der Vater-schaft für diesen Vorschlag ist nicht gänzlich geklärt. Schon lange war davor die Rede, Sicherheitsmassnahmen gegen ein weiteres Vordringen der Sowjets im Nahen Osten und gegen die bereits erfolgte Errichtung eines sowjetischen Uboot-Stützpunktes an der albanischen Küste zu treffen. Es nimmt auch keineswegs Wunder, dass die jetzige französische Initiative sofort in Verbindung mit dem Freundschaftstreifen gebracht wurde, das im September des Vorjahres zwischen dem spanischen Aussenminister Castiello und Frankreichs Staatssekretär Maurice Faure in Biarritz und San Sebastian stattfand und damals Anlass zu der Annahme gab, es würde sich bei den geführten Diskussionen vor allem um die Eingliederung Spaniens in die europäischen Gemeinschaften handeln.

Es ist nicht anzunehmen, dass die neuen Schritte Frankreichs, deren Präzisierung nun mit Ungeduld erwartet wird, unbeeinflusst von den Amerikanern erfolgten. Wie weit sie im direkten Zusammenhang mit den diplomatischen Bemühungen des amerikanischen Unterstaatssekretärs Murphy und seines britischen Kollegen Harold Beeley zur Wiederanknüpfung der französisch-tunesischen Beziehungen und Beilegung des durch die Säkiet-Affäre bewirkten Konflikts stehen, läßt sich angesichts der Diskre-tion, die diese Bemühungen umgibt, nicht mit Gewissheit feststellen. Sicher dürfte aber sein, daß ohne den Säkiet-Konflikt Frankreichs Initiative nicht ergriffen worden wären.

Die Aufnahme der Vorschläge des Ministerpräsidenten Gaillard durch die politischen Kreise in Paris ist im übrigen durchaus geteilt. Von vielen Politikern werden starke Vorbehalte gemacht. Mehr als eine grundsätzliche Bereitschaft zur Diskussion dürfte zur Zeit noch nirgends bestehen. Die Koalitions-Parteien fühlen sich durchaus die unvorbereitete Ankündigung der Vorschläge durch den Ministerpräsidenten übergegangen. Unabhängige und Sozialisten üben eine harte Kritik und werden auf ihren bevorstehenden Parteitag ihre eigene Haltung präzisieren.

Blick auf Niedersachsen

dt.- Hannover

"Wer von den sechs DRP-Leuten hat schmutzige Finger? Das was hier immer gesagt wird, als rechtsradikal, als nationalistisch - wir glauben, dass das Schlagworte sind. - "Wir machen unsere Tür auf allen, die eine freiheitliche und nationale Gesinnung mitbringen und lassen uns von keiner anderen Partei eine Vorschrift machen... Ich übernehme für das, was geschehen ist, für heute und für die Zukunft, die volle Verantwortung." - "Ich habe bei der Fraktion beantragt, sich sofort von den sechs DRP-Abgeordneten zu trennen. Die Mehrheit war dagegen, ich erkläre daher meinen Austritt aus der FDP".

Diese Aussprüche, das Hospitantenverhältnis der sechs niedersächsischen DRP-Abgeordneten zur Gemeinschaftsfraktion FDP/BHE betreffend und über einen knappen Zeitraum verstreut, stammen von ein und demselben Mann, von Heinz Müller-Osterode, bis vor kurzem Vorsitzender der niedersächsischen FDP-Landtagsfraktion, seit einigen Tagen mit dem FDP-Mandat zur CDU abgewandert. Müller kann die politische Akrobatik, die sich in den drei Gesprächen widerspiegelt, nicht leugnen: Er habe früher, so erläuterte er, stets die Meinung der Fraktion vertreten, nicht seine persönliche Meinung. Vermutlich hat er unter dieser Schizophrenie auch gelitten, als er der viergliedrigen Kommission angehörte, die die Aufnahme der sechs DRP-Hospitanten "regelte".

Die Freude über diesen Zuwachs bei der CDU ist zweifellos geteilt. Man kann es der Partei aber kaum verübeln, dass sie sich Müllers bedient, um Entwicklungen voranzutreiben, die sich in der niedersächsischen FDP und im BHE anbahnen. Beide Parteiführungen haben mit rebellierenden Unterverbänden zu kämpfen, bei den Parteispitzen flattern Kündigungen und Austritte auf den Tisch.

Es geht letztlich bei diesen Parteien darum, wer bei der Bildung der "Dritten Kraft" führen soll. Niedersachsen, wo mit der Bildung der Gemeinschaftsfraktion zwischen FDP und BHE ein Anfang gesetzt wurde, kann vielleicht als Modellfall gelten. Auf dem Papier ist der niedersächsische BHE mit 7,6 % (Bundestagswahl) gegenüber der FDP (5,9) im Vorteil, die Freien Demokraten pochen aber darauf, dass nur sie über ihre Bundestagsfraktion in der Bundespolitik wirksam sein können. Man war, bevor diese beiden Standpunkte dominierten, bereits übereingekommen, den nächsten Landtagswahlkampf mit einer gemeinsamen Kandidatenliste, besetzt nach dem d'Hondtschen Verfahren, zu bestreiten, was den BHE ein kleines Übergewicht gegeben hätte. Aber auf dem FDP-Parteitag in Wolfenbüttel Anfang Februar wurde einstimmig eine Entschliessung angenommen, die die Partei zwingt, "eigenständig", also unter der Flagge "FDP" in den Wahlkampf zu gehen. Das schliesst eine Gemeinschaftsliste mit einem neuen Firmennamen aus und verlangt vom Partner, die Selbständigkeit aufzugeben.

Der "Fall Müller" hat die Schwierigkeiten der niedersächsischen FDP noch vermehrt. Dazu kommt, dass bei den Landtagswahlen 1959 auch in Niedersachsen die bisher fehlende Fünfprozent-Klausel wirksam wird. Die Freien Demokraten sind dieser tödlichen Grenze bedenklich nahe. Sie werden wahrscheinlich einen Kompromiss mit dem BHE suchen. Wie dieser Kompromiss aussehen wird, dürfte weniger in Hannover als in den fünf Bundesländern entschieden werden, in denen 1958 die Landtage neu gewählt werden. Die Bereitschaft, sich der anderen Partei zu unterwerfen, wird bei beiden Gremien in dem Masse wachsen oder fallen, wie sie die Landtagsneuwahlen von 1958 überstehen werden. Der BHE betrachtet dabei vornehmlich Nordrhein-Westfalen als Test für die FDP, die Freien Demokraten wiederum blicken auf Schleswig-Holstein, das Ursprungsland des BHE.

"Am. Souveränität"

FB.- Als am 4. Februar 1958 in Berlin der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Fritz L i e r , wie auch schon vorher der Oppositionsführer, den Standpunkt vertrat, dass man nicht die starre Forderung aufstellen sollte, bei einer möglichen Gipfelkonferenz auch rein formalistisch als Tagesordnungspunkt die Frage der Wiedervereinigung in der Agenda einzubauen, fiel die CDU/CSU-Fraktion während ihrer hier. Diese Ausführungen, so wurde gewichtig erklärt, seien "ausserordentlich befreundlich" und es wurde erklärt, dass die SPD das Problem der Wiedervereinigung nun hinten anstelle.

Tatsächlich aber hat damals die SPD, als die CDU/CSU noch ganz anderer Meinung war, nur den vernünftigen Standpunkt vertreten, man solle den Streit um die Tagesordnung nicht so weit vertiefen und verstaifen, dass das Zustandekommen der Gipfelkonferenz an sich gefährdet würde; denn, so argumentierte immer die SPD, wenn das Problem der Abrüstung, der internationalen Entspannung oder der Kapacki-Plan zur Sprache kommt, dann ist auch automatisch die deutsche Frage mit angeschnitten. Erich Ollenhauer hat am Mittwoch die Woche diesen Standpunkt noch einmal vertreten und erklärt, dass die Wjatsch selbst bei einer Tagesordnung, auf der der Punkt "Wiedervereinigung" formal nicht erwähnt wird, sich drehen und wenden mögen wie sie wollen, sie würden doch über die deutsche Frage sprechen müssen.

Aber das wollte die CDU/CSU lange Zeit nicht einsehen und hat die SPD völlig ohne Grund, nur um des parteipolitischen Lutwillens wegen, ständig und böswillig attackiert.

Auch die Bundesregierung hat in den letzten Wochen stark den Standpunkt vertreten, dass das Wiedervereinigungsproblem unbedingt auf der Tagesordnung erscheinen müsse. So erklärte am 26. Februar 1958 der Sprecher des Auswärtigen Amtes, Jaenicke:

"Wir sind nach wie vor der Meinung, dass das Thema europäische Sicherheit und die deutsche Wiedervereinigung auf der Tagesordnung der Gipfelkonferenz stehen sollten".

Noch eindeutiger war der Leiter des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, von Eckart, der am 7. März 1958 erklärte:

"Dass es das Bestreben der Bundesregierung sein muss, und dass sie dabei die Interessen aller westlichen Mächte hat, auf einer Gipfelkonferenz, wenn sie stattfinden sollte, das deutsche Problem zu besprechen und zu verhandeln, ist absolut sicher".

Wenn man heute die Bundesregierung und die CDU/CSU danach fragen wird, dann wird das alles "nicht mehr wahr" sein. Dann haben beide sicherlich

schon immer den Standpunkt vertreten, dass man einer Gipfelkonferenz auch dann zustimmen könne, wenn der Zentralpunkt die Abrüstungsfrage ist, denn, so meint man, dann werde ja das Problem der Wiedervereinigung ohnehin einbezogen werden müssen. Dieser Standpunkt ist durchaus richtig, aber man muss doch fragen, warum man die Sozialdemokratie beschimpft und beleidigt hat, als sie schon vor Wochen die selbe Auffassung vertreten hat.

Die Meinungsänderung der CDU/CSU kommt nicht von ungefähr, sie kommt aus Manila. Am Mittwoch kamen aus Manila von der dort gerade tagenden SE-ATO-Konferenz Nachrichten, nach denen Dulles sich mit einer Gipfelkonferenz einverstanden erklärt haben soll, auf der nur der Punkt der Abrüstung zur Verhandlung steht. Später stellte Dulles zwar noch ein Fünf-Punkte-Programm auf, in dem wieder die deutsche Wiedervereinigungsfrage enthalten ist, aber er fügte einschränkend hinzu, dass man auch bereit sei, nur über eines dieser Themen zu beraten und er meinte, selbst nur eine Beratung über die friedliche Verwendung des Weltraums sei schon eine Gipfelkonferenz wert.

Aber schon die erste Agentur-Meldung aus Manila, die zudem noch unbestätigt war, hat den Kanzler und die CDU veranlasst, das Härtelchen nach den amerikanischen Wünschen zu hängen. Wenn es der grosse Dulles so sagt, dann heisst das automatisch für die CDU-Größen in Bonn, kehrt marsch und flugs alles abschwören, was man vorher für "unabdingbar" gehalten hat. Ist das noch deutsche Politik? Es spielt hierbei keine Rolle, dass die Wetterfahnen-Aussenpolitik der CDU/CSU diesmal in der richtigen Richtung stehengeblieben ist. Gravierender ist vielmehr das Schauspiel, dass man ständig bereit ist, sich sofort amerikanischen Wünschen anzupassen, leider auch dann, wenn sie in einem strikten Gegensatz zu den deutschen Interessen stehen.

Aber ist das noch verwunderlich? Dasselbe Theater hat man aufgeführt, als der Fernin der aussenpolitischen Debatte unekämpft war. Das gewichtigste Argument für Dr. Adenauer, der gegen die Vertagung war, war doch offensichtlich, dass auch der USA-Botschafter Kruec sich gegen die Vertagung ausgesprochen habe.

Und in diesem Zusammenhang kann man sich kaum noch an den Tag in Bonn erinnern, als der Bundesgrenzschutz vor dem Palais Schaumburg aufmarschiert war, die Fahne gehisst und der Tag der Bundesrepublikanischen Souveränität verkündet wurde. In Anlehnung an einen der bekanntesten Bütten-Redner im Karneval kann man da nur noch auf rheinisch sagen: "Ärm Souveränität".

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel